



31.03.2023

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der Koalitionsausschuss hat sich in dieser Woche intensiv mit der Modernisierung unseres Landes beschäftigt. In den Verhandlungen sind wichtige Beschlüsse gefasst worden, die Tempo in den Klimaschutz und in den Ausbau unserer Infrastruktur bringen und das neue Deutschlandtempo unterstreichen:

- Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Ausbau unserer Schienennetze, Brücken, Windräder oder Solaranlagen werden beschleunigt. Zukünftig können Kommunen beispielsweise auch dann Windräder bauen, wenn diese im Regionalplan nicht ausgewiesen sind. Entlang der Autobahnen und Zugstrecken wird der Ausbau von Windrädern und Solaranlagen ermöglicht und vereinfacht. Flächen entlang von Autobahnen dürfen grundsätzlich für die Gewinnung von erneuerbaren Energien genutzt werden.
- Bis 2030 sollen mindestens 15 Millionen vollelektrische Autos in Deutschland zugelassen sein. Am Ende des vergangenen Jahres gab es in Deutschland lediglich rund 840.000 zugelassene E-Autos. Damit alle sicher sein können, dass sie ihre E-Autos aufladen können, bringen wir ein weiteres Paket zum Ausbau der Ladeinfrastruktur sowie zum Ausbau unserer Stromnetze auf den Weg.
- Wir sorgen dafür, dass die Wärmewende bezahlbar wird. Ab dem kommenden Jahr sollen möglichst nur noch Heizungen neu eingebaut werden, die zu mindestens 65% mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Dabei darf natürlich niemand überfordert werden. Deshalb werden wir Übergangsregelungen und Subventionsprogramme schaffen, die dafür sorgen, dass die Wärmewende für alle Eigentümerinnen und Eigentümer bezahlbar und alltagstauglich umzusetzen sein wird.

Wir haben einen großen Reformstau in Deutschland. Vieles von dem, was wir jetzt umsetzen, war mit der Union nicht möglich. Deshalb bin ich froh, dass wir einen klaren Fahrplan zur Modernisierung unseres Landes haben,

**Deutschland,
Tempo!**

Jetzt wird **beschleunigt!**

Schiene ausbauen.

Wind und Solar genehmigen.

Autobahn-Engpässe beseitigen.

Das haben wir gemeinsam
in der Ampel beschlossen.

SPD Fraktion im
Bundestag

den wir jetzt in Angriff nehmen. ([Mein Kollege Lars Klingbeil hat im Podcast der SPD-Bundestagsfraktion über seine Erlebnisse während der anstrengenden Verhandlungen berichtet und einen spannenden Einblick hinter die Kulissen gegeben](#))

In der ersten Ausgabe dieses Newsletters im Jahr 2023 habe ich beschrieben, wie groß die Not an Fachkräften ist. Am Mittwoch hat das Bundeskabinett dazu das Weiterbildungsgesetz und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen:

1. Weiterbildungsgesetz

- Mit der Ausbildungsgarantie setzen wir ein zentrales Versprechen aus unserem Wahlprogramm um. Wir wollen allen jungen Menschen die Möglichkeit geben, eine Ausbildung zu machen. Dazu schaffen wir einen rechtsverbindlichen Anspruch auf eine außerbetriebliche Ausbildung, wenn keine betriebliche Ausbildung möglich ist, und sorgen mit einem verbindlichen Berufsorientierungspraktikum und einem Mobilitätzuschuss für einen leichteren Zugang zu einer Ausbildung.
- Wir unterstützen Betriebe mit einem Qualifizierungsgeld und fördern so Weiterbildungsmaßnahmen innerhalb der Betriebe. Damit gewährleisten wir, dass Betriebe, die zum Beispiel ihre Produktion anpassen müssen, ihre Fachkräfte weiterbilden und halten können.

2. Fachkräfteeinwanderungsgesetz

- Nur auf inländischen Potentiale zu setzen, wird nicht reichen, um den Fachkräftemangel zu lösen. Deutschland muss ein attraktives Einwanderungsland für Fachkräfte aus dem Ausland werden. Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz fußt auf 3 zentralen Wegen:

1. Wer im Ausland einen hier anerkannten Abschluss erworben hat, kann schon jetzt nach Deutschland kommen. Menschen, die im Ausland eine Qualifikation erworben und diese hier anerkennen lassen, können zukünftig leichter auch andere Beschäftigungen ausüben. Wenn zum Beispiel jemand im Ausland nach einer Ausbildung zur Mechanikerin dort als Logistikfachkraft gearbeitet hat, kann diese Person auch in Deutschland weiterhin als Logistikfachkraft tätig werden, selbst wenn sie den entsprechenden Abschluss nicht vorweisen kann. Dadurch schaffen wir mehr Flexibilität und reagieren auf eine sich ändernde Arbeitswelt.

2. Wir ermöglichen es Arbeitnehmern, die mindestens 2

Jahre Berufserfahrung und eine im Heimatland anerkannte Qualifikation vorweisen können, nach Deutschland zu kommen. Wir beseitigen damit die Hürde, dass der Abschluss zwingend in Deutschland anerkannt sein muss und verhindern, dass langwierige Anerkennungsverfahren abschrecken, nach Deutschland zu kommen.

3. Die ersten beiden Wege setzen einen unterschriebenen Arbeitsvertrag vor der Einwanderung nach Deutschland voraus. Mit der Einführung der Chancenkarte, die auf einem Punktesystem basiert, ermöglichen wir die Arbeitssuche in Deutschland. Zu den Auswahlkriterien gehören beispielsweise

**Neue Fachkräfte
braucht das Land!**

Mehr rausholen!
*Wer sich qualifizieren will,
wird besser gefördert.*

Mehr reinholen!
*Wer qualifiziert ist,
kann einfacher einwandern.*

SPD Fraktion im
Bundestag

Deutschkenntnisse, Berufserfahrung und Qualifikation. Wer sich hier für eine Chancenkarte qualifiziert, darf für die Arbeitsplatzsuche nach Deutschland kommen und kann hier direkt auch Probebeschäftigungen ausüben.

Jedes Jahr fehlen über 350.000 Arbeitskräfte, die unseren Wohlstand sichern, die unsere Angehörigen und Freundinnen und Freunde pflegen oder die als Handwerkerinnen und Handwerker unsere Heizungen und Wohnungen sanieren. Dafür müssen wir alle Potentiale im In- und Ausland heben.

In dieser Woche hat sich der Bund endlich mit den Ländern über die Auszahlungsmodalitäten der Preisbremse für diejenigen geeinigt, die mit Heizöl oder Pellets heizen. Dafür stellen wir 1,8 Milliarden Euro bereit. Analog zur Gas- und Strompreisbremse können bis zu 80 Prozent der Preissteigerungen, die das Zweifache des durchschnittlichen Vorjahrespreises übersteigen, erstattet werden. Jetzt sind die Bundesländer am Zug. Ich erwarte, dass Hessen schnellstmöglich die Beantragungsmöglichkeiten schafft. Gerade in ländlichen Regionen warten viele Menschen schon lange auf diese Entlastung. [\(Alle Infos zur Beantragung gibt es hier auf der Seite des Landes Hessen.\)](#)



Gestern durfte ich den Auftakt zu einer Veranstaltungsreihe der SPD-Bundestagsfraktion eröffnen. Nachdem der Bericht zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche vor kurzem vorgestellt wurde, haben wir uns entschlossen, dieses wichtige Thema nicht in der Schublade verschwinden zu lassen. Gemeinsam mit Akteuren und Institutionen aus Theorie und Praxis haben wir darüber diskutiert, welche Schlussfolgerungen wir daraus ziehen müssen. Fakt ist: Schon vor der Pandemie war nicht alles gut - aber

die Pandemie hat bestehende Probleme noch stärker in den Fokus gerückt. Das müssen wir auch als Chance nutzen für nachhaltige und vernetzte Strukturen zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen und zur Entlastung von Familien zu sorgen. Kinderarmut zu bekämpfen, ist dafür ein wesentlicher Punkt, den wir mit der Kindergrundsicherung angehen wollen. Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet und lässt sich in Kürze auf dem Youtube-Kanal der SPD-Bundestagsfraktion anschauen.

Heute beginnen die hessischen Osterferien und die Osterzeit. In der kommenden Woche wird es eine Premiere geben: Um nicht zu viel vorweg zu nehmen - es wird bald regelmäßig die Gelegenheit geben, mich zusammen mit interessanten Gästen aus dem Wahlkreis zu hören. Was es genau damit auf sich hat, erfahren alle in der kommenden Woche! **Und noch eine gute Nachricht: Ab Montag kann das 49-Euro-Ticket gekauft werden. Ab dem ersten Mai werden so viele Pendlerinnen und Pendler entlastet.**

Ich wünsche allen eine schöne Osterzeit!

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt